

DIE LINKE



Wahlkreisinfo

Der Bundestagsabgeordneten **KATRIN WERNER**

Liebe Leserinnen und Leser,

...von wegen ruhig ins neue Jahr starten. Kaum dass die Feiertage vorbei waren, fing in 2014 auch schon die Arbeit an. Im Bundestag habe ich den Ausschuss gewechselt und werde zukünftig im Bereich Familien, Senioren, Frauen und Jugend arbeiten. Gleichzeitig wurde ich als Sprecherin für Behindertenpolitik meiner Fraktion gewählt. Meine Tätigkeit als Vertreterin in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werde ich auch weiterhin wahrnehmen. Denn Menschenrechtspolitik betrifft uns alle, wenn es um die konkrete Politik im Stadtrat in Trier oder im Bundestag in Berlin geht.

Zurück im Wahlkreis hatte ich viele Gespräche zur Schulpolitik in Trier, lernte den Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschaftsprojekts, Justin Ross, kennen, der dieses Jahr im Wahlkreis ein Austauschjahr macht. Ich durfte Wanja Kliber treffen, der bei den schwul-lesbischen Kulturtagen in Trier über die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Homosexuellen in Russland sprach.

So voll mein Terminkalender war, so voll ist auch diese Wahlkreisinfo. Mit 2014 ergibt sich auch eine Neuerung: Alle Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis können mit ihren Anliegen und Problemen bei uns einen Gastartikel veröffentlichen.

Wenn auch Du/Sie ein Interesse an einem Gastartikel haben, schreiben Sie uns: katrin.werner@wk.bundestag.de

Ich wünsche Ihnen noch nachträglich ein gutes neues Jahr 2014!

Viel Spaß beim Lesen

INHALT

Hochmoselübergang

Jugendherberge

Kinderbetreuung

Homosella Special



Wahlkreisinfo

Januar 2014



Maulkorb für Chef-Geologen

Was darf die Öffentlichkeit erfahren?

„Die Thematik des instabilen Baugrund ist seit langem bekannt, aber trotzdem wurde mit dem Bau der Hochmoselbrücke begonnen. Ich fordere einen sofortigen Baustopp für dieses irrwitzige Projekt. , kommentiert Katrin Werner die erneute Diskussion um den Rutschhang am Westufer der Mosel.

Die Bürgerinitiative „Pro Mosel“ hatte bereits vor Gericht Einsicht in die statischen Unterlagen gefordert. Allerdings wurde ihre Klage mit Hinweis auf das Betriebsgeheimnis der beteiligten Baufirmen abgewiesen. Harald Ehes, Leiter des rheinland-pfälzischen Landesamtes für Geologie und Bergbau, brachte es Anfang dieses Jahres auf den Punkt: „Das ist der komplizierteste Baugrund, den wir kennen. Wir haben schon vor mehr als zehn Jahren darauf hingewiesen, dass es sich um einen Rutschhang handelt.“ Er fordert deshalb ein weiteres Gutachten. Dieses wird jetzt von der Landesregierung in Auftrag gegeben. Weitere Erklärungen zu dieser Thematik durfte Harald Ehes nicht mehr abgeben. Die grüne Wirtschaftsministerin Evelyn Lemke verpasste ihrem Mitarbeiter mit dem Hinweis, dass die Öffentlichkeit bereits genügend informiert wurde, einen Maulkorb.

Die überstürzte Reaktion der Ministerin zeigt, dass es offenbar Probleme gibt, von denen die Öffentlichkeit nichts erfahren soll. Die Bürgerinnen und Bürger haben aber ein Recht auf Information. Schließlich geht um die Standsicherheit dieses gigantischen Bauwerkes. Ein Untersuchungsausschuss im Landtag könnte Licht ins Dunkel bringen. Es kann nicht sein, dass 400 Millionen Steuergelder verplant werden, ohne das überhaupt sichergestellt ist, dass der Baugrund dafür geeignet ist. Ein Untersuchungsausschuss könnte prüfen, ob und wie die Planungen durchgeführt worden sind. Auch wenn es sich zu großen Teilen um Bundesmittel handelt: Es sind und bleiben Steuergelder, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.

Neben diesen Fragen der Standsicherheit gibt es überhaupt keinen Bedarf für dieses Brückenmonster. Die Anbindung von Nordseehäfen in das Rhein-Main Gebiet ist längst über andere Verkehrswege erreicht, die Passagierzahlen am Flughafen Hahn wurden überschätzt, somit auch das Verkehrsaufkommen. Außerdem sind negative Folgen für den Tourismus und den Weinbau zu erwarten. DIE LINKE lehnt diesen Bauvorhaben ab.



Wahlkreisinfo

Januar 2014



Malen und Basteln, Schnippeln und Kleben

Praktikum in der Jugendherberge Trier

Kurz vor Weihnachten absolvierte die Bundestagsabgeordnete Katrin Werner ihren letzten Praktikumstag im Jahr 2013. Dieses Mal wurde sie von der Jugendherberge Trier zur Unterstützung des vorweihnachtlichen Wochenendprogramms für die jüngsten Besucher der Herberge gerufen.

Den Weg zur Jugendherberge musste Katrin Werner nicht suchen, denn das Gasthaus ist schon länger Veranstaltungspartner der LINKEN in Trier. Seien es Kreismitgliederversammlungen, Weihnachtsfeiern oder der Besuch von Sahra Wagenknecht – die Jugendherberge hat für jede Gelegenheit das passende Angebot. „Ich bin überwältigt wie flexibel und unkompliziert es sich mit der Jugendherberge zusammenarbeiten lässt! Immer klappt alles und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überraschen mich immer mit kleinen Details!“ erzählt Katrin Werner ihrem Mitarbeiter Mateusz Buraczyk auf dem Weg zur Jugendherberge.

Begrüßt werden die beiden vom Leiter der Jugendherberge Georgios Tsanis. Der aufgeweckte Herbergsvater begleitet sie in die Räumlichkeiten der Workshops. Jetzt geht's an die Arbeit. Katrin Werner

muss eine Entscheidung treffen: Plätzchen backen, Marshmallow-Schneemänner kleben oder mit den Kindern Weihnachtstüten basteln?

Die begeisterte Bastlerin und Mutter einer 6-jährigen Tochter entscheidet sich für Letzteres und ist voll und ganz in ihrem Element. Bilder ausmalen, ausschneiden und kleben machen die Kleinen. Die Bundestagsabgeordnete versucht währenddessen, die Ordnung im Chaos zu behalten. Buntstifte werden gespitzt, Klebestifte ausgetauscht und Weihnachtstüten sortiert. Mit ihrem Mitarbeiter bastelt sie nebenbei noch eine Weihnachtstüte für ihre Tochter.

Nach zwei Workshopphasen trifft sich Katrin Werner nochmal mit Georgios Tsanis, der gerade Gäste zur Besichtigungstour in die Innenstadt gebracht hat. Bei einer Tasse Kaffee wird der vergangene Tag rekapituliert und über die Zukunft des Moselufers diskutiert. Beide sind sich einig, dass die Stadt Trier das Moselufer viel attraktiver für Touristen, junge Menschen und Spaziergänger gestalten könnte.

Zurück im Auto hat Katrin Werner schon neue Ideen für zukünftige Veranstaltungen der LINKEN in der Jugendherberge...

Wahlkreisinfo der Bundestagsabgeordneten **Katrin Werner**

www.katrinwerner.de | 0651 1459225 | katrin.werner@wk.bundestag.de





Wahlkreisinfo

Januar 2014



Betreuung für Kinder mit

sogenanntem „sozial auffälligen Verhalten“

von Jennifer Brinkmann

GASTARTIKEL

Katrin Werner ist Abgeordnete für Trier. Sie will in Berlin die Menschen aus ihrem Wahlkreis vertreten und hört Ihnen zu. In Ihrem Newsletter kommen BürgerInnen zu Wort, die über ihre Situation sprechen und die Politik zum Handeln auffordert.

Heute kommt Jennifer Brinkmann zu Wort. Die engagierte Alleinerziehende berichtet über die Schwierigkeit der Vereinbarung von Familie und Beruf.

Schreiben Sie auch einen Gastartikel für die Wahlkreisinfo von Katrin Werner und mailen Sie ihn uns an:

katrin.werner@wk.bundestag.de

Ich bin seit 25 Jahren auf dieser Welt, seit fast 6 Jahren bin ich Mutter. Ich habe mein Abitur hochschwanger abgeschlossen und eigentlich, zumindest sollte man das meinen, habe ich mittlerweile eine Ausbildung oder gar ein Studium absolviert und verdiene fleißig Geld. Falsch gedacht.

Ich habe aktuell zwei Ausbildungsversuche hinter mir. Beide musste ich abbrechen. Beide Male wegen mangelnder Kinderbetreuung. Doch warum mangelt es an dieser? Mein Sohn hat die Diagnose ADHS. Mit diesem Syndrom muss er und leider auch ich Ausgrenzung und Stigmatisierung erfahren.

Im August 2012 habe ich meine Ausbildung zur Erzieherin begonnen. Mein Sohn ging in eine Regel-KITA. Montags und donnerstags holte ihn die Mutter meines Freundes ab. Nach 5 Monaten ging dies aus Privaten gründen nicht mehr. Ich habe also spontan Tageseltern gesucht und diese auch gefunden. Einen Monat später kündigten diese mir fristlos, da mein Sohn einen Ausraster hatte. Ich fand keine neuen Tageseltern und im gleichen Atemzug verlor ich den Ganztagsplatz in der KITA. Seit Februar 2013 bin ich



Wahlkreisinfo

Januar 2014



nun nicht mehr in der Ausbildung. Die Erziehung meines Sohnes ist mir sehr wichtig. Aber die mangelnden Betreuungsangebote ermöglichen es mir als Mutter nicht, eine Ausbildung durchzuziehen. Zu kurz sind die Öffnungszeiten der KITA und Tageseltern sind schwer zu bekommen. Was macht man also, wenn die Kinderversorgung nicht familiär geleistet werden kann und staatliche Angebote versagen, da sie nicht bedürfnisorientiert sind?

Aktuell versuche ich die Betreuungssituation zu verbessern. Doch man spürt immer mehr die Einsparungen in unserem Land. Ich musste hart kämpfen, um einen integrativen KITA-Platz für meinen Sohn zu bekommen. Weitere Hilfen stehen mir nicht zu. Mein Sohn ist ein ADHS Kind und es besteht der Verdacht auf Autismus bei ihm. Die Ärzte wollen sich da aber noch nicht festlegen. Da er nicht fest auf Autismus diagnostiziert wurde, bekomme ich, wenn mein Sohn eingeschult wird, wohl keinen Integrationshelfer (kostet ja alles Geld!). Eine Förderschule scheint auch nicht möglich, da er kognitiv sehr fit ist. Hortplatz? Schwer zu bekommen, da er sich nicht angepasst genug verhält. Tageseltern? Welche Tagesmutter nimmt bitte ein verhaltensauffälliges Kind?! Und schon ist man in einer Gesellschaft ausgegrenzt. Nur weil man nicht reinpasst: weil man schon als Kind auffällig ist. Das macht mich sehr traurig.

Wieso bitte wird für Kinder mit sozial auffälligem Verhalten oder sogenannten seelischen Störungen so wenig gemacht? Warum müssen diese Kinder immer erst in einer normalen KITA oder Schule erst mal leiden bevor man ihnen hilft? Warum kann man Schulen und KITAS nicht von Anfang an inklusiv gestalten, damit jedes Kind die gleichen Chancen bekommt? Meine Forderung ist daher, eine Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, welche von Ausgrenzung bedroht sind, ob durch soziales Auffallen, ob sie seelische Störungen haben, eine Behinderung haben oder aus einem anderen Land kommen. Alle sollen die gleichen Chancen haben. Aus eigener

Erfahrung und Erleben liegen mir die Kinder mit seelischen Beeinträchtigungen besonders am Herzen.

Es kann ja auch nicht wahr sein, dass man als Mutter eines „ADHS-Kindes“ zu hören bekommt: „Sie werden sich wohl bald überlegen müssen, ob ihr Kind Ritalin bekommen soll.“ Ist das die tolle Chancengleichheit von der unsere regierenden Politiker, allen voran Frau Merkel, reden? Chancengleichheit durch Medikamente, durch Anpassung an eine unmenschliche Leistungsgesellschaft? Die Würde eines Kindes mit seinen Bedürfnissen und Chancen vernachlässigen und es medikamentös ruhig stellen?

Wir brauchen mehr Menschlichkeit, Chancengleichheit durch Inklusion. Durch besser ausgestattete Schulen, durch Betreuungsangebote, die auf Kinder und erwerbstätige Eltern angepasst sind und auf BetreuerInnen, die für die Kinder da sind, die Unterstützung brauchen. Diese Inklusion brauchen wir und nicht die inhaltlose Wiederholung unserer Kanzlerin, dass die Chancengleichheit in Deutschland so toll sei. Sie ist es nicht!

Bürger^{innen}frühstück

Bundestagsabgeordnete Katrin Werner lädt jeden ersten Samstag im Monat zum gemeinsamen Frühstück mit offener Diskussionsrunde ein. Kommen Sie vorbei, und reden Sie mit uns, egal ob über Lokal-, Landes- oder Bundespolitik!

Wahlkreisbüro von Katrin Werner,
Paulinstraße 1-3, 2. Etage, Trier.



Wahlkreisinfo der Bundestagsabgeordneten **Katrin Werner**

www.katrinwerner.de | 0651 1459225 | katrin.werner@wk.bundestag.de





Wahlkreisinfo

Januar 2014



Deutschland: Kleine Kühlschränke und großes Fluchen

Interview mit Austauschschüler Justin Ross

Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms des Deutschen Bundestages verbringt Justin Ross aus Kalifornien, USA ein Jahr als Austauschschüler in Kell am See. Im Gespräch mit dem Büro Katrin Werner erzählt er über seine Eindrücke in Deutschland.

FRAGE: LIEBER JUSTIN, STELL DICH MAL KURZ VOR. WAS HAT DICH DENN DAZU BEWOGEN, EIN AUSTAUSCHJAHR IN DEUTSCHLAND ZU MACHEN?

ANTWORT: Es gibt viele Gründe, wieso ich ein Austauschjahr in Deutschland machen wollte. Erstens, wollte ich deutsch lernen. Ich wollte nicht den letzten Deutschkurs in unserer Schule drei mal wiederholen. Und ich dachte mir, nach Deutschland gehen wäre ein guter Weg, um Deutsch zu lernen. Ich wollte auch andere Teile vom Leben sehen, ein anderes Land und dessen Kultur kennen lernen. Außerdem wollte ich auch neue Freundschaften aufbauen mit Leuten, die ich sonst nie kennen gelernt hätte.

F: WIE FINDEST DU DEINEN AUFENTHALT IN DEUTSCHLAND? GIBT ES IN DEUTSCHLAND GROSSE UNTERSCHIEDE IM LEBEN ALS IN DEN USA?

A: Es gibt ganz, ganz viele Unterschiede zwischen dem Leben in den USA und in Deutschland. Zum Beispiel: Essen, Sprache, und so weiter. Es gibt auch sehr kleine Unterschiede, die ich witzig finde: Zum Beispiel die Toiletten sind ganz anders. Wir haben in der USA keine Rollläden wie in jedem deutschen Haus. Die Häuser sind auch ganz anders und die Kühlschränke sind auch nur halb so groß wie in Amerika. Ein großer Unterschied ist die Verwendung von Schimpfwörtern. Benutzt man in Amerika ein Schimpfwort in der Schule, dann bekommt man ziemlich viel Ärger, aber in Deutschland gar nicht. Z.B. in Erdkunde hat jemand gesagt: "Verpiss Dich, Du Wixer!", (natürlich zu einem anderen Schüler) und die Lehrerin hat nur gelacht. Wenn ich das in Amerika sagen würde, hätte ich ganz viel Ärger bekommen.



Wahlkreisinfo

Januar 2014



F: WAS WAR DEIN VERRÜCKTESTES ERLEBNIS IN DEUTSCHLAND?

A: Eines meiner verrückten Erlebnisse in Deutschland ist schon in der zweiten Woche in Deutschland geschehe. Ich war in Köln mit meinem Sprachkurs und wir waren im Hauptbahnhof. Ich habe dort einen Junge gesehen, er kam auf mich zu und ich erkannte ihn, aber ich hatte keine Ahnung woher. Dann hat er gesagt: "Twin is that you?", und ich habe gedacht: "Oh mein Gott, ich kenn ihn doch!" Wir waren vor zwei Jahren in der selben Fußballmannschaft! Ich hatte ihn seit 2 Jahren nicht gesehen, und wir haben einander irgendwie 4.000 Meilen von zu Hause wiedergefunden.

F: WAS WIRST DU AUS DEUTSCHLAND AN ERFAHRUNG MITNEHMEN, WENN DU WIEDER ZURÜCK NACH HAUSE IN DIE USA GEHST?

A: Ich würde sagen, dass was ich am wichtigsten in Deutschland gelernt habe, ist das man zuversichtlich bleibt. Es ist oft passiert, wie am Anfang des Jahres, dass ich keinen Plan hatte, wohin ich gehen soll. Ich kannte niemanden, ich wusste nicht, was ich machen soll. Oder in der Zeit als ich alleine war und mich wie verloren fühlte. Aber man muss zuversichtlich bleiben und wissen, dass alles wieder gut wird.

Mehr Informationen zum Parlamentarischen Patenschafts-Programm: www.bundestag.de/ppp

Katrin stellt Nachfrage

zur Antidiskriminierung

Zur Frage des designierten queerpolitischen Sprecher der LINKSFRAKTION, Harald Petzold. „Wie gedenkt die Bundesregierung, ihr verbales Lob für das Coming-Out von Thomas Hitzlsperger in eine praktische Unterstützung von Sportlerinnen und Sportlern weiterzuentwickeln, die in Zukunft ihre bisher aus Furcht vor Ausgrenzung, Diskriminierung oder Benachteiligung verheimlichte sexuelle Orientierung öffentlich machen wollen?“ fragte Katrin Werner, ob die Bundesregierung der Auffassung sei, dass die Anti-Diskriminierungsstelle finanziell und personell gut ausgestattet sei.

Die Nachfrage findet man online unter:

<http://youtu.be/Z9NC2hjiRw>



Wahlkreisinfo der Bundestagsabgeordneten **Katrin Werner**

www.katrinwerner.de | 0651 1459225 | katrin.werner@wk.bundestag.de



Wahlkreisinfo

Januar 2014



Klima der Angst in Russland

Wanja Kilber erzählt über Homophobie in Russland

Homosella

Bereits zum 15. Mal fand von 13. – 24. Januar die Homosella statt. Die SchwuLesBischen Kulturtag Trier hatten ein spannendes internationales Programm, das auch für mich sehr interessant war. Einerseits trafen wir uns mit Wanja Kilber, einem russisch-sprachigen Menschenrechtsaktivisten, der im Rahmen der Homosella über die Situation in Russland berichtete.

Andererseits hat mein Mitarbeiter Marc-Bernhard Gleißner einen Vortrag über Homosexualität in Schweden gehalten. Über beide können Sie ausführliche Berichte in dieser Wahlkreisinfo lesen.

Ein weiteres Highlight der Kulturtag war ein Vortrag der linken Menschenrechtsaktivistin Mina Ahadi, die in einem berührenden Plädoyer aufrief nicht die Augen vor Menschenrechtsverletzungen im Iran und anderen Ländern zu verschließen

Im Rahmen der diesjährigen schwuLesBischen Kulturtag Homosella in Trier besuchte der aus Kasachstan stammende Menschenrechtsaktivist Wanja Kilber das Wahlkreisbüro von Katrin Werner.

Kilber initiierte die jährlich stattfindenden Rainbow-Flash's – eine Protest- und Solidaritätsaktion mit bunten Luftballons zum internationalen Tag gegen Homophobie. Seine Idee wird seit 2009 in hundert Städten rund um die Welt auch in Trier gefeiert.

Kilber engagiert sich gegen Homo- und Transphobie in Russland und unterstützt zusammen mit dem LSVD (Lesben und Schwulenverband Deutschlands) und seinem Verein Quarteera Flüchtlinge aus Osteuropa. „Als wir unseren Verein gegründet haben, wollten wir uns hauptsächlich um die Vernetzung der russischsprachigen LGBTI-Community in Deutschland kümmern. Doch mittlerweile liegt unsere Arbeitsschwerpunkt vor allem bei der Unterstützung von Flüchtlingen aus Osteuropa, die in ihren Heimatländern wegen ihrer sexuellen Orientierung und Identität verfolgt werden.“ erzählt Kilber.

Wahlkreisinfo der Bundestagsabgeordneten **Katrin Werner**

www.katrinwerner.de | 0651 1459225 | katrin.werner@wk.bundestag.de





Wahlkreisinfo

Januar 2014



In der Tat sind immer mehr Menschen gezwungen aus Russland zu flüchten, weil die Gewalt gegen LGBTI-Menschen stark zugenommen hat. Diese steht in direktem Zusammenhang mit dem im Juli letzten Jahres in Kraft getretenen „Homo-Propaganda“-Gesetz. „Das Gesetz wurde in Russland noch kein einziges Mal angewandt. LGBTI-AktivistInnen werden meist wegen anderer Ordnungswidrigkeiten wie zum Beispiel dem Überqueren der Straße außerhalb des Zebrastreifens festgehalten.“ erklärt der Wahl-Hamburger die Hintergründe des Gesetzes. „Es wird nicht angewandt, weil der russischen Regierung bewusst ist, dass eine Verurteilung sofort vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof annulliert würde. Die wahre Intention des Gesetzes ist es ein Klima der Angst herzustellen und Gewalt gegen LGBTI-Menschen zu legalisieren.“ Diese erhalten von der russischen Regierung keinen Schutz. Sie werden angegriffen von Schlägertruppen, die die Polizei gewähren lässt, und stattdessen die Opfer einbuchtet.

Die Gründe für die zunehmende Homophobie sieht Kilber in verpassten Chancen in der Vergangenheit.



Kilber stellt LGBTI-Organisationen aus Russland vor

„Boris Jelzin entkriminalisierte 1993 die Homosexualität in Russland. Dies geschah jedoch nicht, weil Jelzin so ein Schwulenfreund war, sondern weil dies eine Bedingung für die Aufnahme im Europarat war. Dies geschah still und leise und ohne Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung. Zwanzig Jahre ist nichts passiert und viele Schwule und Lesben waren mit der Situation ziemlich zufrieden. Das Nicht-Handeln der Regierung und die lange Zurückhaltung der Community sind sicher ein Teil des Problems. Andererseits kannte Russland in seiner langen Geschichte keine LGBTI-Bewegung. Erst in den letzten Jahren gibt es eine öffentliche Debatte über Homosexualität.“

Ein wichtiger Teil seiner Arbeit ist die Vernetzung mit russischen AktivistInnen. „Anhand der bestehenden Städtepartnerschaften laden wir AktivistInnen aus Sankt Petersburg nach Hamburg ein. Dies sind unheimlich tapfere Leute und überraschenderweise haben wir mehr von ihnen gelernt als sie von uns!“ Wanja Kilber rät auch anderen engagierten Menschen aus Deutschland AktivistInnen aus ihren russischen Partnerstädten zu sich einzuladen und auch hier die Homophobie zu thematisieren.

Es wäre jedoch falsch zu denken, Homophobie betreffe nur osteuropäische Staaten. Für große Verwunderung sorgt aktuell eine homophobe Petition in Baden-Württemberg. Zu breitem Protest führte eine Konferenz der Zeitschrift Compact im November letzten Jahres: Dort eingeladen war Elena Misulina, die Verfasserin des sogenannten „Homo-Propaganda“-Gesetzes: „Ich habe Frau Misulina direkt angesprochen, ihr klargemacht, dass sie für schreckliche Gewalttaten verantwortlich ist. Sie zuckte nicht mal mit einer Wimper und fuhr mit ihrer Rede fort.“ berichtet Kilber, der auch bei der Veranstaltung anwesend war. Auf die Frage, was wir aus Deutschland für die LGBTIs machen könnten, antwortete Wanja Kilber, dass wir mithelfen müssen, die Argumentation der Regierung auseinander zu nehmen. Wissenschaftlich ist



Wahlkreisinfo

Januar 2014



die Begründung man könnte sich Homosexualität aussuchen nämlich unhaltbar, deshalb müssen wir dem Problem auf den Grund gehen und für mehr Aufklärung sorgen.

„Das ‚Homopropaganda‘-Gesetz ist eine menschenrechtliche Bankrotterklärung der russischen Regierung und muss sofort zurückgenommen werden. Die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft müssen sich bemühen höchstmöglichen Druck auf Russland auszuüben um dieses Gesetz und die Gewalt gegen LGBTI-Menschen zu stoppen! Die ständigen Angriffe auf LGBTI-Menschen in Russland dürfen nicht mehr von der Polizei ignoriert und bestärkt werden. Viel eher sollte die russische Regierung alles darauf setzen die Aufklärung über se-

xuelle Vielfalt in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Die Außenpolitik Deutschlands muss an Menschenrechts-Standards gebunden sein und darf nicht einfach so weitergehen als sei nichts gewesen.“ erklärt Bundestagsabgeordnete Katrin Werner. Sie hat dem Aktivisten Angeboten ihn vor den Fraktionen im Europarat reden zu lassen.

Im Anschluss des Gesprächs hielt Wanja Kilber einen Vortrag über die Geschichte der Homophobie in Russland im schwul-lesbischen Zentrum SCHMIT-Z. Sowohl das Gespräch als auch der Vortrag eröffneten uns eine neue Sichtweise auf die Geschehnisse in Russland und bestärkte uns dabei weiter für LGBTI-Rechte zu kämpfen.

Homophobie der Unsichtbarkeit

„Es gibt keine Schwulen in Sotschi“ behauptet Bürgermeister Pachomow kurz vor den Olympischen Winterspielen in der russischen Stadt am Schwarzen Meer. Dass das nicht stimmt, wussten wir auch schon vor dem Gespräch mit dem Menschenrechtsaktivisten Wanja Kilber. Was Wanja Kilber uns jedoch deutlich gemacht hat, ist dass die russische Regierung mit dem „Homopropaganda-Gesetz“ alles in ihrer Macht stehende tut, um den Schwulen den Mund zu verbieten, sie unsichtbar zu machen.

Eine Initiative für die Unsichtbarkeit der Schwulen genießt gerade bundesweite Aufmerksamkeit: Mit einer Petition versuchen in Baden-Württemberg Bürger aus der Mitte der Gesellschaft einen Bildungsplan zu verhindern, der Aufklärung über Homosexualität in der Schule fördern soll. Es ist quasi das „Homo-Propaganda-Gesetz“ auf schwäbisch – unterstützt von der CDU und der sich immer so schwulenfreundlich gebenden FDP.

Unsichtbar sind auch die Schwulen im Profifußball. Es gibt keinen offen schwulen, aktiven Fußballspieler, Hitzlsperger hin oder her! Erst kürzlich meinte sein Ex-Kollege Jens Lehmann: „Es ist Privatsache“ und fragte im gleichen Atemzug: „Warum auch?“. Ja, warum sollen sich Schwule outen? Was soll das Ganze bringen?

Sichtbarkeit ist das Gift für Vorurteile und Hass. Sie führt zu Toleranz und Akzeptanz; zu Verständnis und Solidarität. Unsichtbarkeit ist entfremdlich – was wir nicht kennen, mögen wir nicht. Deshalb: Lasst uns für die Sichtbarkeit kämpfen und dort wo sie noch vorherrscht die Unsichtbarkeit sehen!

Haben sie die Unsichtbarkeit gesehen? (weiter auf Seite 15)



Wahlkreisinfo

Januar 2014



Homosexualität in Schweden

Wir sind nicht schwul! Wir sind gay!

Katrin Werners Mitarbeiter, Marc-Bernhard Gleißner, wurde zu den Trierer schwul-lesbischen Kulturtagen als Redner eingeladen. Der begeisterte Schweden-Fan sprach über Homosexualität in Schweden, die schwedische Gesellschaft und warum in Schweden einiges liberaler ist als in Deutschland. Dabei konnte Marc-Bernhard Gleißner aus seiner eigenen Erfahrung vom schwedischen Schulsystem berichten und so manche komische Anekdote aus dem Land im hohen Norden machten seinen Vortrag recht kurzweilig. Hier ist ein Auszug aus seinem Vortrag:

„Wenn man wissen will, warum in Schweden einiges anders läuft, der muss sich ein wenig die schwedische Geschichte anschauen. Nach dem zweiten Weltkrieg war Schweden eines der unterentwickeltesten Länder in Europa. Doch die Skandinavier fassten eine Vision ins Auge: „Wenn wir das beste Schulsystem entwickeln, werden wir gut ausgebildete Menschen von morgen haben und das wird die Wirtschaft ankurbeln.“ Und diese Rechnung ging auf. Im Konsens aller politischen Parteien entwickelte Schweden das inklusivste Schulsystem, war bereit viel Geld in Bildung und das soziale Netz zu investieren, erhob

hohe Steuern, um die Sozialleistungen finanzieren zu können und wurde mit Ende der 60er Jahren ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstaat, mit einem engmaschigen Sozialsystem, durch das keiner durchfallen sollte. Diese Einstellung ist prägend für die skandinavische Kultur. Jeder Mensch ist ein wichtiger Teil der Gesellschaft und deshalb auch jeder zu einem starken Teil dieser Gemeinschaft gemacht werden.

Aus dieser Einstellung gründet der Konsens der offenen Gesellschaft: Man öffnete sich in der Einwanderungspolitik, integrierte Migrantinnen und Migranten, gab ihnen Sprachkurse und sprach ihnen innerhalb von 5 Jahren die Staatsbürgerschaft zu. Frauen wurden gefördert; Erziehung als ein Auftrag verstanden, den auch Männer zu erfüllen haben und man Strich den schon 1944 einen Paragraphen aus dem Gesetzbuch, der Homosexualität unter Strafe stellte.

So fortschrittlich die Politik auch war, doch kam es zu Sexualität und auch zur Homosexualität waren die Schweden genauso moralinsauer wie andere Länder. Jedoch das inklusive Schulsystem, der fort-





Wahlkreisinfo

Januar 2014



schrittliche Sexualkundeunterricht und die Kultur der offenen Gesellschaft brachten Bewegung in das verstaubte Bild. Schon 1950 gründete sich der schwedische Schwulen- und Lesbenverband „Riksförbundet för sexuellt likaberättigande“. Schwedens Politik und Gesellschaft liberalisierte sich: 1977 schrieb Inger Edelfeldt mit „Duktig pojke“ (dt. *Jim im Spiegel*) den ersten schwedischen Coming Out-Roman für Jugendliche. 1987 wurde bereits in die schwedische Verfassung ein Anti-Diskriminierungsgesetz eingefügt, das die Diskriminierung Homosexueller strafrechtlich verfolgte. 1995 führte man die gleichgeschlechtliche Partnerschaft ein. Im Vergleich dazu: Ein Jahr zuvor wurde in der BRD erst im Zuge der Wiedervereinigung der Paragraph 175 (Verbot von homosexuellen Handlungen unter Männern) ersatzlos gestrichen. 2002 erhielten in Schweden homosexuelle Paare das Adoptionsrecht und 2009 wurde unter einer konservativen Regierung die Homo-Ehe eingeführt.

Diese Liberalisierung findet sich auch in den Parteiprogrammen wieder: Während die schwedischen Sozialdemokraten, die über Jahrzehnte die schwedische Politik als stärkste Partei prägten, formulieren den menschenrechtlichen Grundkonsens: „Jeder Mensch ist einzigartig, aber die Würde aller Menschen ist gleich. Alle Menschen sind wegen [...] sexuellen Orientierung – nicht weniger wertvoll als andere.“ Die Neuen Moderaten, die schwedische CDU, betont in ihrem Programm, dass sie es war, die das Eherecht geschlechtsneutral gestalteten, lesbischen Paaren künstliche Befruchtung ermöglichte und homosexuellen Paaren das Adoptivrecht ermöglichten. Auch die schwedischen Liberalen strotzen vor Selbstbewusstsein, verstehen gleiche Rechte für LGBTIQ (Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuellen sowie queeren Menschen) als individuelles Freiheitsrecht und unterstützten die Gesetzgebung. Die Centerpartiet, die schwedische Bauernpartei, ein skandinavisches Spezifikum im Parteiensystem, kämpft für die gleichen Rechte aller Menschen egal welcher sexuellen Herkunft oder Geschlechtsidenti-

tät und fordert, dass man auch in der Außenpolitik für die LGBTIQ-Menschenrechte kämpfen müssen. Und die Grünen fordern zusätzlich noch die Freiheit seine Liebe als Grundrecht auszudrücken. Da merkt man noch, dass die Grünen in Schweden aus Hippie-Bewegung hervorgegangen sind.

Einzig die schwedischen Linken legen den Finger in die Wunde und fordern, dass ein drittes Geschlecht im Personenstandsgesetz eingeführt werden muss, Trans- und Intersexuelle gleichberechtigt werden müssen und die Gesetze zur Kindererziehung vereinheitlicht werden müssen.

Negativ treten da nur die schwedischen Christdemokraten und die nationalen Schwedendemokraten auf: Die Christdemokraten, eine kleine evangelikale Partei sieht im Status Quo schon die Gleichberechtigung aller LGBTIQ-Menschen umgesetzt, während die Schwedendemokraten, Sexualität zur Privatsache und damit nicht zum Gegenstand der Politik erklären.

Doch Schweden nur verklärt zu sehen, wäre nicht angemessen: Im Zuge der AIDS-Krisen wurden Saunen geschlossen, damit sich der Virus nicht verbreiten könne. HIV- und AIDS-Prävention fand nur in der Schule statt und erst seit 2010 wird auch öffentlich Prävention betrieben. Und auch der Umgang mit Prostitution geschieht nicht öffentlich, da es als Schmutzthema angesehen wird.

So gerne man das Klischee des sexuell liberalisierten Schweden feiert, es ist ein Trugschluss. Auch Schweden hat sehr biedere Töne im Chor der offenen Gesellschaft anzubieten. Jedoch ist die Akzeptanz von LGBTIQ-Menschen so hoch wie in fast keinem anderen europäischen Land. Unter anderem weil man Gesellschaft auch als „sambället“ – Zusammenhalt versteht. Und man steht zusammen, ist füreinander da, egal welche Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder Sexualität man hat.“



Wahlkreisinfo

Januar 2014

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Der alte Hase

Marc-Bernhard Gleißner ist 1984 geboren. Er arbeitet seit 2009 im Wahlkreisbüro von Katrin Werner. Seit der Bundestagswahl 2013 und der neuen Legislatur leitet er das Büro im Wahlkreis. Seine inhaltlichen Schwerpunkte sind LGBTIQ und Menschenrechte, Kultur sowie kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik. Im Büro fällt er immer wieder auf indem er nicht-konforme neongrüne Kleidung trägt.

In der ersten Legislatur war Marc-Bernhard hauptsächlich in der Öffentlichkeitsarbeit tätig und konzipierte die meisten Texte für die Wahlkreisinfo, schrieb Pressemitteilungen und vernetzte die Bundes- mit der Kommunalpolitik. Als Büroleitung darf er nun Katrins Terminkalender führen und dafür sorgen, dass das Büro nicht im Chaos untergeht. Hierfür hat er mehrere Checklisten eingeführt, die nun zentral am schwarzen Brett hängen und alle Arbeitsvorgänge dokumentieren.

Marc-Bernhard ist leidenschaftlicher Schwedenfan und lässt seine Erfahrungen aus Schweden in schul-, sozial- und menschenrechtliche Themen immer wieder einfließen und ermöglicht so, linke Politik in Deutschland auch aus einer anderen Perspektive zu betrachten. In den gemeinsamen Mittagspausen kommt Marc-Bernhards geheime Leidenschaft zu Tage, wenn er sich als Teespezialist zu erkennen gibt und über die unterschiedlichen Teesorten mit verve doziert.





Wahlkreisinfo

Januar 2014



Katrin Werner neue behindertenpolitische Sprecherin

Am 28. Januar 2014 bestätigte die Bundestagsfraktion DIE LINKE die Menschenrechtspolitikerin Katrin Werner zur Sprecherin für Behindertenpolitik. Die 40-jährige Abgeordnete aus dem rheinland-pfälzischen Trier wirkte bis September 2013 im Menschenrechtsausschuß des Bundestages mit. Aktiv begleitete sie dort den Umsetzungsprozess der UN-Konvention über die Rechte von Kindern sowie die Einhaltung der Menschenrechte auch von alten Menschen, Transsexuellen und Kinderflüchtlingen.

Katrin Werner ist Mitglied der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und wird nun europäische Erfahrungen selbstbestimmter Behindertenpolitik stärker in den Mittelpunkt rücken. „Deutschland ist behindertenpolitisch teilweise ein Entwicklungsland und kann von Fortschritten in anderen Ländern sehr viel lernen“. Weiter erklärt Werner: „Die 80 Millionen Menschen mit Behinderungen in Europa brauchen gemeinsame Standards, die der UN-Behindertenrechtskonvention entsprechen. Leistungen sind schrittweise – ohne Kostenvorbehalt – anzugleichen auf dem jeweils höchsten erreichten Niveau. Es gilt, die volle Teilhabe zu garantieren: Leistungen – einschließlich persönlicher Assistenz – sind einkommens- und vermögensunabhängig sowie bedarfsgerecht zu gewähren. Schon bewilligte Nachteilsausgleiche müssen grenzüberschreitend gültig bleiben.“

Als Mitglied des Stadtrates in Trier trieb Katrin Werner die Stadtverwaltung voran, den Beschluss zur Bildung des Beirates für Menschen mit Behinderung umzusetzen. Energisch trat sie für einen kommunalen Aktionsplan „Inklusion“ ein, der 2013 im Trierer Stadtrat fraktionsübergreifend beantragt und beschlossen wurde. Werner kennt den Alltag von Menschen mit Behinderung aus Praktika in Werkstätten für behinderte Menschen. Sie betont: „Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen sind endlich in einem Bundesteilhabegesetz zu regeln. Viel zu lange wird schon darüber debattiert, Entwürfe liegen auf dem Tisch. Die Betroffenen brauchen endlich Ergebnisse. Diese dürfen nicht zu Lasten anderer Sozialleistungen gehen, und kein Mensch mit Behinderung soll schlechter gestellt werden“ erklärt Katrin Werner kurz nach ihrer Wahl.

KOMMUNALPOLITIK

Die Linksfraktion fordert eine Neuausschreibung des Weihnachtsmarktes. Grund dafür sind die bisher bescheidenen städtischen Einnahmen aus dem laufenden Pachtvertrag. Des Weiteren wurde der bisherige Vertrag nicht öffentlich vergeben, sodass erhebliche rechtliche Unsicherheiten bestehen. Zuletzt fehlt es der Stadt momentan an politischen Einfluss,

um den Weihnachtsmarkt auch nach eigenen Vorstellungen zu planen und durchzuführen. Sollte es nicht zu einer Kündigung in diesem Jahr kommen, wird der Vertrag bis 2021 verlängert und den kommunalpolitischen Handlungsspielraum weiter einschränken. Die LINKSFRAKTION liefert weiteren Input für die derzeit laufende Kulturdebatte: Das

Trier Ticket soll das unübersichtliche Rabattsystem ersetzen, um Menschen mit niedrigen Einkünften, bzw. die ALG II beziehen, kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Gleichzeitig sollen Studierende berücksichtigt werden, die ebenfalls nur über ein geringes Einkommen verfügen. Diese sollen bei allen Kulturveranstaltungen Ermäßigungen erhalten.



Wahlkreisinfo

Januar 2014



Homophobie der Unsichtbarkeit - Teil II

Fortsetzung von Seite 10

Im Kommentar auf Seite 10 wurde nur männliche Homosexualität thematisiert. Ist Ihnen aufgefallen, dass an keiner Stelle von Lesben gesprochen wurde? Das Experiment der Unsichtbarkeit funktioniert. Wenn dies in diesem Newsletter gelingt, wie diskriminierend ist es dann in der Gesellschaft?

Es ist traurige Wahrheit, dass Frauen von den meisten Deutsch-Sprachigen durch unsere Sprache einfach weggelassen werden. In Geschichten gibt es immer nur Helden, keine Heldinnen. Böse sind die Politiker, nicht die Politikerinnen. Cool sind die Rapper, nicht die Rapperinnen.

Sogar juristisch bleiben sie unsichtbar. Die Philosophin Judith Butler verweist in ihrem Werk „Hass spricht“ darauf, dass die Beleidigung und Diskriminierung immer noch den Akt der Anerkennung beinhaltet. Jemand ignorieren und unsichtbar machen, bedeutet jemanden nicht anerkennen, dieser Person die Existenzberechtigung rauben. Das wird nach Butler als schwerwiegendste sprachliche Gewalt verstanden.

Auch Lesben bleiben durch diese ausgrenzende Sprache unsichtbar – in den Medien, in öffentlichen Diskurs und schlussendlich auch bei den Menschen. Achten sie darauf, wenn sie das nächste Mal einen Artikel über Homosexualität lesen!

TERMINE

Freitag, 7. Februar um 16.40 Uhr:

"Zeitung unter Druck - Anpassen oder Aussterben?"

Podiumsdiskussion mit Katrin Werner
Universität Trier Raum N2

Freitag, 7. Februar um 19 Uhr:

Neujahrsempfang der AG Frieden

Weltladen Pfützenstr.1 Trier

Do./Fr., 12/14. Februar jeweils von 9-13.30 Uhr:

Fachtagung Gleichstellung vor Ort: Planen - Vernetzen - Handeln

Europäische Sportakademie,
Herzogenbuschstraße 56, 54292 Trier

PETITIONEN

bitte unterstützt folgende Petitionen:

Vielfalt gewinnt: Homophobie im Netz Halten Sie dagegen!

Gegenpetition für einen bunten Bildungsplan in BW
<https://www.campact.de/vielfalt-gewinnt/appell/teilnehmen/>

Erhalt des Fernverkehrs am Trierer Hauptbahnhof

Petition an Malu Dreyer, rheinland-pfälzische
Ministerpräsidentin
<http://www.change.org/de/Petitionen/malu-dreyer-rheinland-pfalzische-ministerpraesidentin-erhalt-des-fernverkehrs-am-trierer-hauptbahnhoffernverkehrs-am-trierer-hauptbahnhof>